

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Ulla Jelpke, Martina Renner, Dr. André Hahn, Gökay Akbulut, Anke Domscheit-Berg, Cornelia Möhring, Amira Mohamed Ali, Niema Movassat, Zaklin Nastic, Petra Pau, Dr. Petra Sitte, Kersten Steinke, Friedrich Straetmanns, Dr. Kirsten Tackmann und der Fraktion DIE LINKE.

Durch Bundesprogramme geförderte Aussteigerprogramme für Rechtsextremisten

Im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) werden Aussteigerberatungsstellen für Neonazis und Aktivisten der extremen Rechten finanziert bzw. kofinanziert. Diese sind bei staatlich unabhängigen Trägervereinen und Wohlfahrtsverbänden angesiedelt, wie beispielsweise die norddeutschen Beratungseinrichtungen JUMP! beim CJD Waren (Müritz) – Mecklenburg-Vorpommern, Reset/VAJA e. V. (Bremen), Kurswechsel/CJD Hamburg (Hamburg), Arbeit und Leben e. V. (Niedersachsen) (<http://weg-von-rechts.de/>).

Darüber hinaus berät auch das beim Zentrum Demokratische Kultur GmbH in Berlin angesiedelte Projekt EXIT-Deutschland seit dem Jahr 2000 bundesweit Aussteigerinnen und Aussteiger sowie Ausstiegswillige aus der Neonaziszene und der extremen Rechten. Einige Arbeitsfelder von EXIT-Deutschland werden ebenfalls durch das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ finanziert (www.exit-deutschland.de/).

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welche aus Bundesmitteln wie dem Programm „Demokratie leben!“ des Bundesfamilienministeriums und vergleichbaren Bundesprogrammen geförderten Aussteigerberatungsstellen für Neonazis und Aktivisten der extremen Rechten gibt es wo und seit wann?
2. Wie viele ausstiegswillige Rechtsextremisten wurden nach Kenntnis der Bundesregierung jeweils von diesen aus dem Programm „Demokratie leben!“ des Bundesfamilienministeriums und vergleichbaren Bundesprogrammen geförderten Aussteigerberatungsstellen für Neonazis und Aktivisten der extremen Rechten in welchem Zeitraum betreut, und in wie vielen Fällen gelang oder misslang ein Ausstieg aus der rechtsextremen Szene (bitte nach Beratungsstellen, Jahren und Bundesländern aufschlüsseln)?

3. Wie viele (ehemalige) Rechtsextremisten nutzten bislang das aus Bundesmitteln geförderte und seit dem Jahr 2000 bestehende Aussteigerprogramm von EXIT-Deutschland?
 - a) Wie viele Anrufe und unterschiedliche Anrufer verzeichnete die Aussteigerhotline von EXIT-Deutschland insgesamt (bitte nach Jahren und Bundesländern aufschlüsseln)?
 - b) Nach wie vielen ersten Kontaktgesprächen mit EXIT-Deutschland kam es zu einem zweiten ausführlicheren Telefonat oder E-Mail-Kontakt (bitte nach Jahren und Bundesländern aufschlüsseln)?
 - c) Wie viele Anrufer bei EXIT-Deutschland wurden als potenziell ausstiegswillig angesehen (bitte nach Jahren und Bundesländern aufschlüsseln)?
 - d) Bei wie vielen Anrufern bei EXIT-Deutschland handelte es sich um ratsuchende Verwandte oder Bekannte eines Rechtsextremisten (bitte nach Jahren und Bundesländern aufschlüsseln)?
 - e) In wie vielen Fällen erfolgte nach den ersten beiden Telefonaten bei EXIT-Deutschland eine weitergehende Unterstützung (bitte nach Art der Unterstützung, Jahren und Bundesländern aufschlüsseln)?
 - f) In wie vielen Fällen gelang mit Hilfe von EXIT-Deutschland ein Ausstieg aus der rechtsextremen Szene (bitte nach Geschlecht aufschlüsseln und angeben, in wie vielen Fällen es sich um minderjährige Aussteiger gehandelt hat)?
 - g) In wie vielen Fällen misslang bei EXIT-Deutschland ein solcher Ausstieg trotz der Kontaktaufnahme mit dem Aussteigerprogramm (bitte nach Jahren und Bundesländern aufschlüsseln)?
 - h) In wie vielen Fällen kam es bei EXIT-Deutschland zu einem Rückfall durch eine erneute Aktivität eines bereits ausgestiegenen oder ausstiegswilligen Rechtsextremisten innerhalb der rechtsextremen Szene (bitte nach Jahren und Bundesländern aufschlüsseln)?
 - i) In wie vielen Fällen befanden sich Ausstiegswillige zum Zeitpunkt ihrer ersten Kontaktaufnahme mit EXIT-Deutschland zum Aussteigerprogramm im Gefängnis (bitte nach Jugendarrest, Untersuchungs- und Straftat, Jahren, Bundesländern auflisten)?
 - j) In wie vielen Fällen wurden gegen Ausstiegswillige zum Zeitpunkt ihrer ersten Kontaktaufnahme mit EXIT-Deutschland strafrechtliche Ermittlungen geführt bzw. stand ihnen ein Strafprozess bevor?
 - k) Über welchen Zeitraum erfolgt die Begleitung eines Ausstiegs durch EXIT-Deutschland aus der Szene durchschnittlich?
 - l) In wie vielen Fällen gab es eine Bedrohung ausstiegswilliger Rechtsextremisten durch andere Angehörige der rechtsextremen Szene, und welche Hilfestellung wurde in diesen Fällen von Seiten von EXIT-Deutschland geleistet (bitte nach Jahren und Bundesländern aufschlüsseln)?
 - m) Welche Evaluationen des Aussteigerprogramms von EXIT-Deutschland durch welche Institutionen gibt es, und zu welchen Ergebnissen kommen diese (bitte die wissenschaftliche Institution, den Veröffentlichungsort der Evaluation, das Jahr angeben)?
4. Welche Aussteigerprogramme von Behörden auf Landesebene (ohne Landesämter für Verfassungsschutz) sind der Bundesregierung im Einzelnen bekannt (bitte nach Bundesländern, Trägern, Behörden, Beginn der Beratungstätigkeit aufschlüsseln)?

5. Wie viele ausstiegswillige Rechtsextremisten wurden nach Kenntnis der Bundesregierung jeweils von diesen Programmen bei Behörden auf Landesebene (ohne Landesämter für Verfassungsschutz) in welchem Zeitraum betreut, und in wie vielen Fällen gelang oder misslang ein Ausstieg aus der rechtsextremen Szene (bitte nach Jahren und Bundesländern aufschlüsseln)?

Berlin, den 15. Februar 2018

Dr. Sahra Wagenknecht, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion

